



**4x  
NEIN**

Abstimmung vom 10. Juni 2018

# Mieter können in der Not auf Hilfe zählen

**2228** Familien erhalten bereits individuelle Wohnhilfe.  
**NEIN** zu Wohnghettos durch „Recht auf Wohnen“

[www.4xnein.ch](http://www.4xnein.ch)



Abstimmung vom 10. Juni 2018

# Mieter vertrauen der Schlichtungsstelle

93 % der Streitfälle werden aussergerichtlich gelöst.

**NEIN** zur teuren Klageflut durch „**Mieterschutz am Gericht**“

[www.4xnein.ch](http://www.4xnein.ch)



**4x  
NEIN**

Abstimmung vom 10. Juni 2018

# Mieter sind mit ihrem Wohnraum zufrieden

402 Mio. investierte Franken in Bauprojekte sichern die Wohnqualität.  
**NEIN** zu verlotterten Wohnungen durch  
die „Wohnschutzinitiative“

[www.4xnein.ch](http://www.4xnein.ch)



Abstimmung vom 10. Juni 2018

# Mieter erhalten auch ohne Zwang Auskunft

Seit 1990 besteht die Auskunftspflicht über den Vormietzins.  
**NEIN** zum unnötigen Formularzwang  
durch „Mieterschutz beim Einzug“



4x  
NEIN

### Echte Hilfe statt falsche Träume: Nein zu „Recht auf Wohnen“

**Forderung:** Das Grundrecht auf Wohnen soll in der Kantonsverfassung verankert werden.

**Folge:** Ein verfassungsmässiges „Recht auf Wohnen“ führt zu einer Sogwirkung aus dem In- und Ausland, da Basel-Stadt jedem angemeldeten Bewohner eine Wohnung zur Verfügung stellen müsste. Die Konsequenzen für die Bevölkerung wären gravierend.

→ **Die Initiative ist radikal und völlig realitätsfremd!**

4x  
NEIN

### Information statt Zwang: Nein zu „Mieterschutz beim Einzug“

**Forderung:** Bei einem Leerwohnungsbestand von unter 1,5 Prozent müssen Vermieter bei einer Neuvermietung ein Formular zur Offenlegung des vorherigen Mietzinses ausfüllen.

**Folge:** Formularzwang führt zu mehr Bürokratie, aber nicht zu mehr Rechten und tieferen Mieten. Bereits heute erhalten Mieterinnen und Mieter Auskunft über den Vormietzins.

→ **Formulare schaffen keinen zusätzlichen Wohnraum!**

4x  
NEIN

### Schlichten statt richten: Nein zu „Mieterschutz am Gericht“

**Forderung:** Die Gerichtsgebühren für mietrechtliche Angelegenheiten sollen stark gesenkt und es dürfen keine Parteientschädigungen mehr ausgesprochen werden.

**Folge:** Teure und langwierige Gerichtsverfahren zulasten des Steuerzahlers würden stark zunehmen und die erfolgreiche Schlichtungsstelle abgewertet.

→ **Gutschweizerischer Kompromiss statt teure Klageflut!**

4x  
NEIN

### Wohnlich statt verlottert: Nein zur „Wohnschutzinitiative“

**Forderung:** Eine Bewilligungspflicht für Renovationen und Umbauten sowie Abbruch. Langjährige Mietverhältnisse und ältere Mietparteien sollen unkündbar werden.

**Folge:** Die Initiative hemmt Investitionen in den Wohnungsmarkt und führt dazu, dass dringend notwendige Renovationen aufgeschoben oder nicht umgesetzt werden. Weniger Erneuerungen bedeuten weniger Energieeffizienz. Das schadet dem Gewerbe und der Umwelt.

→ **Die Initiative ist ökologischer Unsinn und benachteiligt ältere Wohnungssuchende!**